

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.50 M., bei

Insolventen sollen die Anzeigen, wenn möglich, am besten am Vortage einreichen. Die Anzeigen werden in der Regel am Vortage abgedruckt. Die Anzeigen werden in der Regel am Vortage abgedruckt.

Redaktion und Expedition: Berlin N29, 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Anzeigen-Abteilung: Berlin N29, 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Schicksal der Türkei.

Englischer Widerspruch.

H.N. London, 24. Februar.

In der „Times“ erscheint eine Erklärung vornehmer Persönlichkeiten, in der gegen den Entschluß, Konstantinopel bei der Türkei zu belassen, Einspruch erhoben wird. Die „Times“ unterliegen in einem Leitartikel diese Erklärungen. Die Auslassungen Lord Georges über die Türkei werden scharf kritisiert. Das Blatt meint, daß die Entlastung über die neue Entscheidung der Alliierten nicht geringer werden kann, wenn an die Geschichte dieser Entscheidung gedacht werde.

„Es war“, heißt es dann weiter, „eine elliige Entscheidung. Wir wren, daß sie erst von einigen Ministern, darunter von Lord George, Balfour und Montagu getroffen wurde. Die fanden Gelegenheit, eine Entscheidung auf diese Weise herbeizuführen und hielten es für angebracht, sich hinter einer Kabinettsentscheidung zu verstecken. Die Mehrheit des Kabinetts hätte jedoch zunächst die Zustimmung. Als man aber immer weiter drängte, gab schließlich eine sehr kleine Mehrheit die Zustimmung. Dann mußte die Genehmigung der Friedenskonferenz eingeholt werden.“ — Die dies geschah, berichten die „Times“ nicht. Aus dem Artikel ergibt sich ferner, daß das Unterhandeln über die ganze Angelegenheit nicht gescheitert war. Um einen Rückschlag unmöglich zu machen, habe man sich in Konstantinopel und Indien die große Mehrheit gleichseitig verschafft. Ein Angestellter des auswärtigen Amtes, der das Unglück gehabt habe, einer Nachrichtenagentur etwas über die Beschlüsse, die an Admiral Robed nach Konstantinopel gesandt worden seien, mitzuteilen, sei sofort entlassen worden. Es habe sich um die Beschlüsse über die in Konstantinopel zu erfolgende Anknüpfung gehandelt.

London, 24. Februar.

Der Beschluß des Obersten Rates in der türkischen Frage ist die Entzückung darüber immer größer werden. Die Meinungen sind geteilt. Bei jeder Gruppe befinden sich Meinungen von sehr verschiedener Richtung. Selbstverständlich sind die alten Liberalen, die noch immer die Erinnerung an Gladstones Kampagne für die Bulgaren pflegen, dafür, daß die Türkei dem Reich angeschlossen werden. In den Zeitungen findet man große Inzereien mit Einladungen an die einzelnen Wähler, ihre Abgeordneten telegraphisch zu erfragen, sich gegen diesen Beschluß zu verhalten. Der Drang, die Türkei aus Europa zu verdrängen, scheint auch von den Kreisen des Völkerverbundes ausgehen, die bis jetzt die Türkei in Europa belassen wollten.

Die Verwaltung der Türkei.

Paris, 24. Februar.

„Echo de Paris“ berichtet aus London: Die Türkei wird von einer gemischten Kommission verwalten werden, in der England, Frankreich und Italien Sitz haben sollen. Man erwartet, daß später auch Amerika und Rußland darin vertreten sein werden. Die kleinen Mächte sollen in diesem Ausschuss keine Stimme haben. Der Ausschuss wird Beamte nach den Ländern entsenden, die unter der direkten Verwaltung der Türkei stehen, um dort die Aufsicht zu übernehmen. In einzelnen Gebieten, wie Syrien und Smyrna, die unter griechische Oberhoheit gestellt werden, wird eine besondere Verwaltung eingeführt. Die Bestimmungen über den Schadenersatz verlangen sehr wenig von der Türkei.

Die „Probe-Aburteilung.“

Eine Sabotagemeldung stellt die von uns in unserer heutigen Morgenausgabe gebrachte Nachricht der „Times“ dahin richtig, daß dies nur ein Vorläufer sei, der noch durch die auf der Londoner Konferenz vertretenen Staaten gutgeheißen werden müsse. Die Liste der Persönlichkeiten stehe noch nicht fest.

Das Murmangebiet erobert.

Kopenhagen, 23. Februar.

Das Stockholmer radikal-sozialistische Blatt „Arbets Dagblad“ erhält aus Moskau ein Telegramm, nach dem die bolschewistischen Truppen mit Unterstützung der Brüllerung das Murmangebiet erobert haben.

Russische Friedensarbeit.

Kopenhagen, 23. Februar.

„Berlingske Tidende“ weiset aus Kopenhagen: Besten Vermittlung zwischen in Rußland zwei bolschewistische Missionen ein. Die eine ist die russische, die andere die dänische Mission.

trages mit Sklonz zu überdecken, die Zukunft der sozialen Mission steht mit der Aushebung der Wladade gegen Rußland in Zusammenhang. Die Mission vertritt die kooperative Genossenschaft und soll versuchen, mit den ausländischen Handelskreisen in Verbindung zu treten. Beide Missionen stehen mit Moskau in direkter direkter Verbindung. In nächster Zeit wird sich auch eine estnische Abordnung nach Moskau begeben, um dort die Durchführung des Friedensvertrages zu überwachen.

Militarismus.

London, 24. Februar.

Winston Churchill hat im Unterhaus den Kriegsetat für 1920 eingebracht. Darnach sollen augenblicklich keine besonderen Land-Korps bestehen bleiben. Einziglich der Kriegsführung mit chemischen Mitteln wird erklärt, daß die Untersuchungen und Experimente fortzuführen müßten, solange die Gefahr bestünde, daß auch andere Länder diese Methoden befolgten. Churchill teilte weiter mit, daß die Dienstpflicht in Großbritannien im nächsten Monat aufgehoben werde. Das Heer werde dann nur 200 000 Mann stark sein, abgesehen von den Truppen, die in Indien stehen.

Es ist das alte Spiel. Keine Nation gibt das Beispiel, die schweblichen Waffen des Koskampfes und der Flammenwerfer auszuwerfen, aus Angst, daß andere Länder diese Methoden anwenden. Auf diese Weise wurde der Rüstungswahnsinn vor dem Kriege getrieben, mit diesem Argument entschuldigt man alle Schrecken des Militarismus und der Kriegsführung. Als ob dann überhaupt ein Ende dieser Methoden abzusehen wäre, wenn nirgendy der Anfang zu ihrer Beseitigung gemacht wird. Auch diese Aufgabe bleibt dem Sozialismus, der durch die Aufrichtung der modernen Solidarität aller Völker und Länder, nicht nur die Kriegswaffen, sondern den Krieg überhaupt mit Stumpf und Stiel ausrotten wird.

Direkte Verhandlungen in der Adriafrage.

London, 24. Februar.

Wie verlautet, wird der nächste Schritt in der adriatischen Frage ein erster Versuch sowohl von italienischer als auch von jugoslawischer Seite sein, zu einem Vergleich durch direkte Verhandlungen zu gelangen. Die gegenwärtige italienische Regierung ist bereit, jedes mögliche entgegenkommen zu zeigen, und nicht selbst gesagt haben, er sei entschlossen, gut Freund mit den Jugoslawen, selbst gegen deren Willen, zu werden. Man glaubt auch, daß die jetzigen Zustände in Jugoslawien nicht mehr Ausichten eröffnen, um einen Vergleich in der Adriafrage zu erreichen, als es bei irgend einem Staatsmann, der ihm folgen würde, der Fall wäre. Es ist für beide Länder von gleich großer Bedeutung, daß ein Vergleich bald zustande kommt. Man ist ferner der nicht unbegründeten Ansicht, daß, falls beide Länder ohne Einmischung von außen her zu einer Verständigung gelangen, die Beschwerden Wilsons nicht schädlich sein werden.

Auflösung des finnischen Landtages.

Paris, 26. Februar.

Gabas meldet aus Helsingfors: Der Landtag ist aufgelöst worden. Die Regierung war hierzu gezwungen infolge der Schwierigkeiten, die die sozialistischen und kommunistischen Gruppen bereiteten, deren Vertreterzahl im Landtage nicht mehr der Meinung des Landes entsprach. Hierbei erfordern die Kriegsgefangenenfrage und die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts eine neue Bestätigung der Wähler.

Diese Begründung sieht stark nach Lust zu neuen blutigen Maßnahmen aus, wie sie im heutigen Finnland, ähnlich wie in Ungarn, gegen Sozialisten und Kommunisten an der Tagesordnung sind.

Ankunft deutscher Gefangener aus Japan. Heute treffen 62 Offiziere und 881 Mann, die der Dampfer „Hofuku Maru“ aus Japan abtransportiert hat im Durchgangslager Wilhelmshaven ein. Auch die mit dem Dampfer „Asuku Maru“ und „Grotale Maru“ zu erwartenden Transporte in Stärke von rund 2000 Mann werden nach der Monatsende auf holländischen Boden sein, während der Dampfer „Hudson Maru“, der ebenfalls etwa 1000 Mann mit an Bord hat, in vier Wochen folgt ist.

Der geheimnisvolle Kuhhandel.

A. F. In dem eben einsehenden Wahlkampf zu dem Betriebsräten taucht von rechtssozialistischer Seite allenthalben die Behauptung auf, als hätten die unabhängigen Abgeordneten durch regere Teilnahme an der Ausschussarbeit in der Nationalversammlung das Gesetz verbessern oder mindestens Verschlechterungen abwenden können. Um dieses Märchen ein für allemal zu zerstreuen, muß festgestellt werden, daß das Gesetz keineswegs in der vom 7. Ausschuss beschlossenen Fassung angenommen worden ist, sondern daß in der zweiten und dritten Lesung im Plenum nicht weniger als etwa 60 Paragraphen Änderungen erfahren haben. Zur zweiten Lesung hatte aber beinahe ausschließlich die U. S. P.-Fraktion ungeachtet ihrer grundsätzlichen gemäßigten Stellung zu dem ganzen Gesetzesentwurf eine Fülle von Verbesserungsanträgen gestellt, über die ohne jede Prüfung einfach abgestimmt wurde, nachdem sich die Mehrheitsparteien verständigt hatten, alle Anträge der U. S. P. unbedenklich abzugeben. Die Ausschussarbeit, der der angeblich unsere Genossen verlagert haben sollen, war überhaupt nur Komödie, denn alle entscheidenden Verhandlungen wurden außerhalb des Ausschusses in Sonderbesprechungen der Mehrheitsparteien getroffen. Wie wenig diese Parteien die öffentliche Parlamentarierbehandlung respektierten, ergibt sich aus einer „streng vertraulichen“ Mehrheitsparteienvereinbarung, die der demokratische Abgeordnete Schneider-Schöden für sich zur Verfügung seiner eigenen unzufriedenen Verbandsmitglieder herausgegeben hat. Hier wird in aller Ausführlichkeit der Kuhhandel gelüftet, den man hinter den Kulissen der Nationalversammlung getrieben und bei dem die demokratische Sozialistinnenpartei nach Schneiders Angaben Erfolg am Erfolg erreicht hat. Er weist vor allem nach, daß die grundlegende Trennung der Kopf- und Handarbeiter im Sinne der Demokratie durchgeführt werden konnte. Man hat wohl neben den getrennten Arbeiter und Angestelltenräten auch einen gemeinsamen Betriebsrat eingesetzt, ihn aber von oben herein im Gegensatz zu den getrennten Gruppenvertretungen möglichst bedeutungslos gestaltet.

Ueber den Umfall der Sozialdemokraten, die anfangs den Betriebsrat zur Entscheidung sämtlicher Fragen berufen lassen wollten, schreibt Schneider:

„Gegen diese Auffassung habe ich mich nachdrücklich gewandt. Es war mir gelungen, meine Fraktion davon zu überzeugen, daß die Angehörigen eine besondere hochwertige Vertretung für ihre besonderen Angelegenheiten haben müßten. Diese Auffassung habe ich mit so starken Gründen belegen können, daß die Fraktion, als die Frage des Wiedereintritts in die Regierung auf sie herankam, die Schaffung einer besonderen Angestelltenvertretung im Betriebsratgesetz als eine Voraussetzung für ihren Wiedereintritt in die Regierung beizubehalten. Da es mir inwieweit auch gelungen war, das Zentrum für meine Auffassung zu gewinnen und die anderen bürgerlichen Parteien mich gleichfalls unterstützten, so hatte ich eine Mehrheit im Ausschuss und damit auch in der Nationalversammlung. Allerdings war die Schwierigkeit zu überwinden, die Sozialdemokraten gleichfalls für meine Auffassung zu gewinnen. Denn nach der politischen Lage war es unmöglich, daß in der wichtigen Frage des Aufbaus des Betriebsratgesetzes Beschlüsse ohne Mitwirkung der Sozialdemokraten gefaßt wurden. In langwierigen Besprechungen der Regierungsparteien untereinander ist die Verständigung gelungen.“

Es wird dann weiter behandelt, wie Schneider bemerkt war, die Handarbeiter durch ein Vertretungsprivileg der in der Minderheit befindlichen Angestellten zu entziehen. Er berichtet über keinen Erfolg, daß alle bürgerlichen Parteien seinen Vorschläge zustimmten und schreibt weiter:

„Darüber bei den Sozialdemokraten habe Entrüstung. Sie drohten mit Abbruch der Verhandlungen, hielten eine Fraktionslösung ab, in der sie eine scharfe Entschiedenheit (1) faßten. Die Ausschussberatungen wurden ausgesetzt und es fand eine Besprechung der Regierungsparteien mit dem Kabinett statt. Die Minderheit hielt und die Sozialdemokraten mußten sich dann schließlich zurückgeben. Es blieb bei dem gefaßten Beschluß.“

So hatten die Rechtssozialisten schon wichtige Grundforderungen statt preisgegeben, bevor sich der Ausschuss mit diesen Dingen beschäftigte. Dann folgt der Bericht über den Kuhhandel bezüglich der Bilanzarbeiten.

